

Ossip K. Flechtheim Auf dem Wege zur globalen Demokratie?

Es gehört wohl zu den beunruhigendsten Symptomen einer Zeitenwende und Krise wie der unseren, daß klar definierte gehaltvolle Begriffe ihren Sinn verlieren und zu verschwommenen leeren Formeln zusammenschrumpfen. Das trifft gerade auch auf den Terminus Demokratie zu. Noch vor und nach dem ersten Weltkrieg kontrastierten und konkurrierten Begriffe wie Demokratie und Autokratie oder Demokratie und Diktatur deutlich miteinander. Damals verwarfen Kommunisten die »reine Demokratie« zugunsten der proletarischen Diktatur, während Konservative und Monarchisten, Reaktionäre und Faschisten für die liberale oder gar sozialistische Demokratie nur Verachtung übrig hatten. Heute bekennen sich dagegen so gut wie alle Parteien und Richtungen in der Welt zur »Demokratie« schlechthin. Je nach Bedarf erklärt sich der Kommunist als Anhänger der »Volksdemokratie« oder auch als Demokrat und Sozialist schlechthin, ähnlich wie man auch auf der äußersten Rechten jeder Diktator die wahre, echte oder nationale Demokratie für sich in Anspruch nimmt. Man muß schon bis in die noch recht feudalen Gefilde Arabiens wandern, um auf offene und erklärte Antidemokraten zu stoßen.

Das Ideal und seine Grenzen

Das Wort Demokratie bedeutete ursprünglich im Griechischen »Volksherrschaft« oder Volkssouveränität und wurde etwa von Aristoteles als die Herrschaft der besitzlosen breiten Volksmassen im Gegensatz nicht nur zur Oligarchie und Aristokratie, sondern auch zur »Politeia«, der Herrschaft der begüterten Mittelschichten, verstanden. So hat auch noch Lincoln in der Tradition von Wicleg die Demokratie als »government of the people, by the people, for the people« (Regierung des Volkes, durch das Volk, für das Volk) umschrieben. Zum Idealtypus der reinen, totalen oder absoluten Demokratie gehört eine Herrschafts- oder Staatsform, bei der sich das Volk unmittelbar selber regiert, darüber hinaus heute aber auch eine Gesellschaft, die die Grundwerte oder -normen der Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit verwirklicht. Nichts versinnbildlicht dieses Ideal der modernen Demokratie besser als der Kampfruf der Großen Französischen Revolution »Liberté! Egalité! Fraternité!«

Eine totale und absolute Realisierung dieser demokratischen Wesensmerkmale ist nun aber unmöglich — sei es, daß die Ziele und Methoden der Demokratie miteinander kollidieren, sei es, daß sie im Widerspruch zur Geschichte und zur Natur stehen. Absolut frei ist ja kein Mensch — der einzelne Mensch hier auf Erden ist bestimmt und unfrei, die Menschen in ihrer Mehrzahl sind verschieden und ungleich. Nur als Glieder der Gattung gleichen sie einander — darüber hinaus sind sie so ungleich, daß wir uns eine absolute Gleichheit sogar in der fernsten Zukunft nicht vorstellen können. Zumindest dürften die »natürlichen« Unterschiede des Alters, des Geschlecht, des Charakters überdauern. Selbst wenn die »natürliche« Unterlegenheit der Frau oder des Jugendlichen verschwinden sollte — die Kluft zwischen dem mün-

digen Erwachsenen und dem unmündigen Kind dürfte unüberbrückbar sein. Die Unterschiede in Besitz und Bildung, in Status und Prestige mögen sich auf ein Minimum reduzieren lassen — kaum je ganz verschwinden werden die Verschiedenheiten der Begabung und des Temperaments, der Willenskraft und Durchsetzungsfähigkeit. Man kann sich auch kaum eine Familienform vorstellen, die nicht ein gewisses Maß an Differenzierung und Verteilung der Funktionen und Positionen vererbt.

Die Freiheit, welche die Demokratie voraussetzt und ihrerseits wieder verwirklicht, ist ebenso wie die Gleichheit keine absolut-vollkommene, sondern nur eine relativ-beschränkte. Das heißt nun wiederum nicht, daß es überhaupt keine Freiheiten geben könne. Auch der strengste Determinist kann sich ein größeres oder geringeres Maß an Handlungsfreiheit vorstellen. Die Willensbildung und -äußerung selbst kann zudem wenigstens von äußerer menschlicher Gewaltsamkeit, von direkter Nötigung, Bestechung oder Täuschung freigehalten werden. In diesem bescheidenen Sinne ist der Wille schon dann frei, wenn er nicht durch rohe Gewalt und Trug motiviert wird — mögen die zahllosen anderen äußeren und inneren Motive in die Willensbildung eingehen und mag die Willensverwirklichung allen möglichen Schranken unterworfen sein. In den von ihr verkündeten Grund- oder Menschen- und Bürgerrechten statuiert die Demokratie so eine Anzahl von persönlichen Freiheiten der Mitbürger, die vor allem gegen den Staat und seine Organe geschützt werden. Der Wille des *citoyen* ist also »frei« von gewissen äußeren Beeinträchtigungen seitens seiner Mitbürger wie auch seitens der Machthaber *par excellence*, d. h. der Regierungen, der Beamten, Militärs, Geistlichen usw.

Wie die moderne Demokratie selber nur das Produkt einer langen geschichtlichen Evolution der menschlichen Kultur und Gesellschaft ist, so begrenzt diese Tradition und Geschichte die Erfüllung demokratischer Gleichheit und Freiheit auch heute und morgen. Keine Demokratie fängt von vorn an. Sie mag mit der Vergangenheit reinen Tisch machen, sich eine noch so blitzneue Verfassung geben, die alte Zeitrechnung durch einen neuen revolutionären Kalender ersetzen; alles, was sie tut und läßt, bleibt mitbestimmt durch das Leben und Wirken der vorangegangenen Generationen, ist stets das Produkt einer Geschichte autokratisch beherrschter Geschlechter, hierarchisch gegliederter Institutionen, autoritär befehlender Machthaber und unmündig gehorchender Untertanen — worüber keine Theorie vom »Gesellschaftsvertrag« hinwegzutäuschen vermag. So kann sich die Demokratie nicht einfach von dem — so wenig demokratischen — Verhalten der vorangegangenen Generationen loslösen, ebenso wie die heutige Generation mit jeder ihrer Entscheidungen, d. h. in allem ihrem Tun und Lassen, alle zukünftigen, noch ungeborenen Generationen verpflichtet. Auch für die *citoyens* der vollkommensten Demokratie gilt das Marx-Wort, daß sie ihre eigene Geschichte nur »unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen« machen, daß »die Tradition aller toten Geschlechter wie ein Alb auf dem Gehirn der Lebenden lastet.« *«Le mort saisit le vif!«* — und selbst wenn der Lebende ein noch so guter Demokrat sein will, so waren seine Ahnen Menschen, die fast immer nur die Autokratie gekannt haben.

Dieses Dilemma wird noch dadurch verschärft, daß der eine Wert der Demokratie, die Freiheit, nur zu Lasten des anderen, der Gleichheit, durchzusetzen ist. Die Freiheit des einen ist in der Regel zugleich auch Unfreiheit für den anderen — die maximale Freiheit des Sklavenhalter setzt die Versklavung der Sklaven voraus, die größte Freiheit des Kapitalbesitzers die Ausbeutung des Arbeiters, die höchste Freiheit des Diktators die Knechtschaft des Bürgers. Das Korrektiv wäre hier stets die Gleichheit — die gleiche Freiheit aller. Aber die radikale Gleichheit zwischen Ungleichen erheischt wiederum die Einschränkung der Freiheit der Mächtigen

ren, Reicheren, Privilegierteren, also Zwang und Gewalt, jedenfalls Unfreiheit — es sei denn, der Stärkere schränke sich freiwillig ein, behandle den Schwächeren als seinesgleichen, als »Bruder«. Freiheit und Gleichheit lassen sich also sowohl in sich wie auch zusammen eher verwirklichen, wenn sie in den umfassenderen Werten der Brüderlichkeit, der Genossenschaft und Gemeinschaft, der Solidarität und Universalität, der Kooperation und der — Liebe eingebettet sind. Brüderlichkeit oder besser: Mitmenschlichkeit muß Patriarchalismus und Parochialismus, Feindschaft und Haß, Aggression und Krieg verdrängen, so wie die Gleichheit über die Ungleichheit, über das Privileg der Geburt und des Geldes, der Position und des Prestiges siegen muß, soll auch nur keine totale, wohl aber eine essentielle Gleichheit, die in einer komplexen Kultur ein gewisses Maß an echter funktionaler Differenzierung ermöglicht, ja sogar voraussetzt, realisiert werden. Kein Wunder, daß die Demokratie, wo sie sich bei all ihrer inneren Widersprüchlichkeit einmal durchsetzte, stets zeitlich und räumlich eine kleine Insel in einem undemokratischen Ozean blieb, die stets von antidemokratischen Wellen überspült zu werden drohte.

Verformungen

Das Dilemma der Demokratie weist noch einen anderen Aspekt auf. Die Demokratie ist nicht nur eine Form, sondern auch ein Prozeß, der von einer Elite und einer Bewegung getragen wird. Diese müssen innerhalb des demokratischen Rahmens operieren, soll der Prozeß demokratisch bleiben. Die demokratische Bewegung oder Elite als Trägerin einer demokratischen Haltung und Ideologie, die wir in Anlehnung an Lenin als »Demokratismus« bezeichnen wollen, kämpft um die Realisierung typisch demokratischer Werte wie der Selbstbestimmung des Volkes oder der Freiheit und Gleichheit. Dieser Kampf der Führungselite oder Massenbewegung ist integrierender Bestandteil eines Demokratisierungsprozesses, in dessen Verlauf die Welt demokratischer werden soll. So müßten eigentlich Demokratismus und Demokratisierung zum Ausbau der Demokratie auch als Verfahrensweise und Rahmen führen und so die demokratische Formel mit Inhalt füllen.

Und doch sind die Elite wie die demokratische Bewegung immer wieder versucht, undemokratische Mittel zur Erreichung ihrer demokratischen Ziele zu nutzen. Ein demokratischer Zweck kann aber nie jedwedes undemokratische Mittel heiligen. Man kann nicht mehr von echter Demokratie sprechen, wenn der Demokratismus und die Demokratisierung die demokratischen Verfahrensprinzipien und Kautelen, Garantien und Grundrechte gröblich verletzen oder sie gar — etwa aus Enttäuschung — durch freien Mehrheitsbeschluß auf demokratischem Wege aufheben. Umgekehrt erstarrt ohne die Kraft einer reifen demokratischen Elite und einer starken demokratischen Bewegung als Trägerin eines lebendigen Demokratismus und einer dynamischen Demokratisierung das demokratische System, wird die demokratische Form zu einem leeren Gehäuse. In der Formulierung von Marx: »Die Form hat keinen Wert, wenn sie nicht die Form des Inhalts ist.«

So werden in der Sowjet- und Volksdemokratie die formalen und prozeduralen (»freiheitlich-rechtstaatlichen«) Aspekte der Demokratie vernachlässigt oder sogar negiert, die inhaltlich-dynamischen hingegen zum Teil verabsolutiert. Die bolschewistische Elite in Rußland war im Anfang von einer breiten demokratischen Massenbewegung getragen — beide suchten zunächst demokratische Ziele gegen die »vested interests« der privilegierten Klassen durchzusetzen, wobei sie jedoch schon bald auf die Einhaltung rechtsstaatlich-demokrati-

scher Verfahrensweisen, Kautelen und Sicherheiten verzichteten. Im weiteren Verlauf entfremdete sich die Führung dann immer mehr der Masse, ohne eine demokratische Regierungsform zu entwickeln. Zur Zeit des Hochstalinismus hatte sich das System so weit »fascisiert«, daß die Sonderinteressen der Machthaber die demokratischen Aspirationen der Massen erstickten. Im Zeichen des poststalinistischen Neo-Leninismus vollzog sich dann wieder eine — wenn auch limitierte — Annäherung an demokratische Werte und demokratische Verfahrensweisen, die allerdings so lange in Frage gestellt bleiben, wie die Elite an einem ideologisch begründeten Unfehlbarkeitsanspruch nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis festhält. Nur insoweit kann man auch noch immer von einem »totalitären« Charakter des Kommunismus sprechen — abgesehen von der Frage des Terrors, der in Wahrheit in manchen »westlichen« autoritären Regimen — in Chile, der Türkei oder Südafrika — wohl schlimmer wütet.

Im Demokratismus der kommunistischen Frühphase klingt etwas von der Konzeption der Jakobinerdemokratie nach, die nur allzu leicht in eine kommissarische — und terroristische! — Erziehungsdiktatur umschlägt. In dieser tritt an die Stelle des anciens régime ein majoritärmonistisches Herrschaftssystem der Nation, in dem die Mehrheit des einfachen Volkes die Minderheit der privilegierten 'ci-devants' ('Ehemaligen') enteignet und niederhält, der Volksstaat dem Einzelnen als höchste Macht gegenübersteht und die angeblich unversöhnlichen sozialen und ideologischen Gegensätze durch seinen Machtspruch einseitig aufhebt. Ähnlich will heute in manchen Entwicklungsländern eine von einer demokratischen Elite getragene Diktatur mit undemokratischen Mitteln einen Demokratisierungsprozeß durchführen, wobei sie sich auch eine demokratische Massenlegitimation zu verschaffen sucht.

Rührt im Osten die Problematik der Demokratie vor allem daher, daß die Form vernachlässigt oder gar negiert wird, so tendiert man umgekehrt im Westen dahin, die Form der Demokratie zu verabsolutieren und darüber ihren Inhalt zu vergessen. Der Einfluß der privilegierten Minderheiten wird hier oft so groß sein, daß sogar die demokratische Elite und die demokratischen Massen zusammen nicht stark genug sind, eine inhaltliche Demokratisierung der Gesellschaft, Wirtschaft oder Kultur zu erzwingen — insbesondere falls sie die demokratischen Verfahrensregeln genau einhalten. Noch schlechter sind die Chancen der Demokratie, wenn es entweder an einer demokratischen Führung fehlt oder die Mehrheit — etwa als Ergebnis der erfolgreichen Beeinflussung und Manipulierung durch die undemokratischen tonangebenden Schichten — selbst nicht von demokratischem Geist und Willen erfüllt ist. Die mangelnde demokratische Reife der breiten Massen (nicht nur der beati possidentes!) ist wahrlich eines der größten Hindernisse für die Demokratisierung.

So sehen wir, wie sich eine demokratische Regierung, die nicht ständig von einer starken demokratischen Bewegung getragen wird, den Massen entfremdet, ja möglicherweise im Interesse der Verwirklichung der demokratischen Werte im wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen Bereich ihre Macht zu vergrößern sucht — auf Kosten der demokratischen Struktur des Staates, der Parteien oder der Verbände. Umgekehrt vermag eine an sich recht demokratische Organisationsstruktur des politischen Systems die Führung so zu schwächen und zu lähmen, daß diese überhaupt zu keiner wirkungsvollen Politik, und das heißt auch nicht zu einer demokratischen Politik, in der Lage ist. Hier offenbart sich der Widerspruch zwischen der repräsentativ-demokratischen Struktur des Regimes einerseits, dem demokratischen Inhalt seiner Politik andererseits.

Entwicklungsetappen

Bevor wir nun aber die Problematik der Demokratie in der Welt von heute und morgen weiter verfolgen, wollen wir mit wenigen Worten auf ihre Geschichte hindeuten. Bedenken wir dabei, daß bis in unsere Tage hinein die sogenannten Demokratien überhaupt nicht Demokratien im vollen Sinne des Wortes gewesen sind — sie waren fast stets und überall Minderheitsdemokratien. Sie beruhten zwar auf der Selbstregierung der »Vielen« (im Gegensatz zur Oligarchie als der Herrschaft der Wenigen und der Monarchie als der Herrschaft des Einen); diese »Vielen« machten aber nur einen Bruchteil der Gesamtbevölkerung aus — die breiten Massen der Frauen, Sklaven, Leibeigenen, Hörigen, Knechte, galten ja in der Regel kaum als Menschen — geschweige denn als Staatsbürger: Noch 1690 konnte einer der großen Aufklärer, John Locke in »Two Treatises of Government« (vgl. Ebenstein 1947: 332), ganz naiv seinen Diener auf dieselbe Stufe stellen wie das Pferd. Die erste Massendemokratie, in der so gut wie alle erwachsenen Männer politische Rechte genossen, war die Jakobinerrepublik in Frankreich 1792 bis 1795, die auch nicht zufällig die Neger in den Kolonien wenigstens von der Sklaverei befreite.

Zur Zeit von Rousseau und Robespierre, Jefferson, Jackson und Lincoln kam die Demokratie einer Selbstregierung relativ gleicher, freier, kleiner und mittlerer Eigentümer und Warenproduzenten recht nahe. In den Schweizer Urkantonen traten die bewaffneten Männer zusammen, um die Angelegenheiten des Gemeinwesens relativ genossenschaftlich und egalitär zu regeln. Die demokratische Freiheit und Gleichheit blieb aber auf ihren eigenen exklusiven Kreis beschränkt. An der Demokratie partizipierten weder die Fremden noch die Frauen. In der Schweiz haben ja die Frauen erst in unseren Tagen das Wahlrecht erhalten. Aber auch in anderen Demokratien wurde ihnen das Wahlrecht erst nach dem ersten oder zweiten Weltkrieg eingeräumt. Die Demokratien weisen bis in unsere Tage ausgesprochene patriarchalische Züge auf. Marx und Engels haben einmal erwähnt, daß in der Familie die Frauen und die Kinder die Sklaven des Mannes seien (vgl. Flechtheim 1977: 49 ff.). Wenn das heute nicht mehr der Fall ist, so kann von einer durchgängigen Gleichstellung der Frau in der Wirtschaft, Gesellschaft oder auch nur im Staate selbst auch in den Demokratien nicht die Rede sein. Die Frauen werden immer noch diskriminiert. Und selbst die Sozialisten, die schon frühzeitig auf die Unterdrückung des Proletariats durch den Kapitalisten hingewiesen haben, haben der inferioren Stellung der Frau erheblich weniger Beachtung geschenkt. Zudem kannten die älteren Demokratien harten oder sogar grausamen Zwang gegenüber all denen, die die Normen übertraten oder auch nur gefährlich wurden. Während unter dem Einfluß von Baccaria in Rußland schon Katharina die Todesstrafe abgeschafft hatte und Schweden 1821, folgte in den demokratischen USA als erster Staat Michigan erst 1847.

Die Demokratie ging in der Praxis auch nicht über den Rahmen einer ausgesprochen politischen Demokratie hinaus, und die demokratische Politik erfaßte nur einen kleinen Ausschnitt aus dem Leben der Gesellschaft, war — entgegen dem Ausspruch von Napoleon — noch durchaus nicht zum »Schicksal« des Menschen geworden. Zudem waren die demokratischen Gemeinwesen kleine und überschaubare Einheiten, die Gesellschaft war relativ einfach und statisch, die Menschen handelten gemäß den Traditionen der Vergangenheit. Der entscheidende Produktions- und Reproduktionsprozeß dieser »apolitischen« Gesellschaft wurde noch nicht vom Staat bestimmt, ermangelte noch jeder bewußten gesamtgesellschaftlichen Planung.

Von dieser vor- oder frühkapitalistischen Demokratie des 19. Jahrhunderts unterschied sich die bürgerliche oder spätkapitalistische Demokratie zwischen den Weltkriegen nicht so sehr

in bezug auf die Verfassungsnormen, als vielmehr im Hinblick auf die sozialökonomische und politische Basis. An die Stelle der Konkurrenz einzelner relativ kleiner und gleicher Unternehmer trat in steigendem Maße das Monopol großer Kapitalzusammenballungen, das von vornherein eine wirkliche Gleichheit zwischen besitzendem Kapitalisten und besitzlosem Proletarier, ja sogar auch zwischen Kapitalmagnaten einerseits, Bauern und Gewerbetreibenden andererseits in Frage stellte. Neben der Gleichheit erlitt auch die Freiheit der Individuen ernste Einbußen. Die Freiheitsrechte des Einzelnen wurden zum Teil zu leeren Floskeln, soweit sie nur mittels erheblicher materieller Mittel zu realisieren waren.

In der dritten Entwicklungsphase der Demokratie, in die sie seit dem zweiten Weltkrieg eingetreten ist, wächst die Macht der Manager weiter. In dieser Epoche der »Massendemokratie« und des »Sozialkapitalismus« wird der Staat immer mehr zum Verwaltungs-, Wohlfahrts- und Militärstaat. Die Macht der Menschen über die Natur nimmt stets rascher zu, die Produktivität ihrer Arbeit erreicht ungeahnte Höhen. Die Massen wurden mehr und mehr als Konsumenten umworben — und manipuliert. Ihr Lebensstandard stieg — nicht umsonst bürgerte sich der vielfach schillernde Begriff der »Konsumentendemokratie« ein.

Soll das allerdings besagen, daß die Konsumentenmassen den Ton angeben, so trifft das für die Wirtschaft wohl nur beschränkt zu. Aber auch in der Politik sind die Massen nicht nur aktive und bestimmende Subjekte, sondern auch Adressaten und Objekte der Beeinflussung und Propaganda. Am deutlichsten zeichnete sich der Aufstieg der Massen wohl noch im Bereich des sozialen Umgangs ab. Die noch so begrenzte Angleichung und Egalisierung — etwa in der Konsumsphäre — und die Aufstiegschancen insbesondere der Angehörigen der gehobenen Unterschichten und der Mittelschichten in einer Reihe von Ländern mit einem relativ offenen »Bildungssystem« waren beachtlich. So wenig experimentierfreudig die große Mehrheit auch immer sein mag, im sogenannten kulturellen Bereich, in der Kunst und Literatur, Philosophie und Wissenschaft entstand ein Spielraum für die freie Entfaltung der Persönlichkeit. Last but not least wird jetzt die Demokratie als Ideologie immer universaler akzeptiert. Aus all diesen Gründen hat man gern von einer Fundamentaldemokratisierung gesprochen.

Entdemokratisierung

Dem widerspricht nun gerade in den letzten Jahren die sehr handfeste Tatsache einer weitreichenden Entdemokratisierung. Das Gewicht des Einzelnen nimmt in vielen Lebensbereichen ab. Seine aktive und kritische Teilnahme am politischen Leben wird eher entmutigt als ermutigt. Das Alltagsklima weist in allen Demokratien oft konformistische und konservative Züge auf. Der Gedanke, daß die Demokratie die Verwirklichung demokratischer Reformen einschließlich radikaler Strukturreformen auf verfassungsmäßig friedlichem Wege ermöglichen soll, stand bei der Geburt der modernen Demokratie Pate — er findet sich schon in der Amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776. Wer hingegen heute von »revolution by consent« im Sinne von Harold Laski spricht, macht sich mancherorts der Subversion verdächtig. In dem Maße, wie sich der klassische Kapitalismus modifizierte und als Sozialkapitalismus demokratischer wurde, domestizierte und »kapitalisierte« sich die Demokratie. Manche radikale und dynamische Bewegungen sind versickert. Von diesen Bewegungen, die sich institutionalisiert haben, sind vor allem die Apparate der Parteien und Verbände übriggeblieben. Diese werden leicht zu Herrschafts- und Dienstleistungsorganisationen. Wenige Monopolparteien suchen als Quasi-Staatsparteien die Bühne zu beherrschen und die unab-

hängigen und dynamischen Kräfte zu verdrängen. Innerparteiliche Demokratie und Willensbildung von unten nach oben drohen zuweilen zu leeren Formeln und Fiktionen zu werden (vgl. Flechtheim 1973).

Der Machtverlust der Parlamente ist sprichwörtlich. Während vor 100 Jahren in den parlamentarischen Verfassungssystemen das Kabinett dem Parlament verantwortlich war und dieses die Minister jederzeit dadurch zum Rücktritt zwingen konnte, daß es in einer wichtigen Frage gegen sie stimmte, zwingt heute nicht selten das Kabinett oder sogar der Regierungschef dem Parlament seinen Willen auf. Sobald die Kabinettsfrage gestellt wird, wagt die Mehrheit meist nicht wider den Stachel zu löcken — dafür sorgt die straffe Partei- und Fraktionsdisziplin, die den »Hinterbänklern« gelegentlich zu einem Abstimmungsautomaten zu machen scheint. Hinzu kommt in manchen Ländern die Drohung mit der Parlamentsauflösung und Neuwahl, die der Abgeordnete ja verlieren muß, wenn er nicht mehr von seiner mächtigen Parteiorganisation nominiert und unterstützt wird.

Das parlamentarische Regierungssystem hat also einen tiefgehenden Funktionswandel durchgemacht: Es sichert jetzt vor allem die Präponderanz und Stabilität der Exekutive zu Lasten der Legislative. Diese ist in Gefahr, ihrer Urrechte (Budgetrecht, Gesetzgebungsinitiative, Kontrolle der Regierung und Verwaltung) verlustig zu gehen — zugunsten der Exekutive, aber auch der mächtigsten Pressionsgruppen, die die Parteien und Fraktionen »unterwandern«, die Parlamentsausschüsse immer wieder mit ihren Vertrauensleuten besetzen und direkt die Regierungschefs, Minister und Bürokraten unter Druck zu setzen suchen. Dem Wähler bleibt manchmal nur das Recht, alle vier oder fünf Jahre einmal in einer Art Plebiszit, zu dem die Wahlen immer mehr werden, den Regierungschef und seine »Mannschaft« zu bestimmen. Wie weit es sich hierbei noch um echte Sachentscheidungen handelt, hängt dann wiederum davon ab, ob sich die Parteien und Parteiführer, die sich zur Wahl stellen, in mehr als ihrem Verlangen nach Posten und Patronage voneinander unterscheiden und ob die unterlegene Partei die Rolle der Opposition ernst nimmt oder nicht vielmehr eine offene oder verschleierte Koalition einzugehen versucht. Zu diesem Bild des Spätkapitalismus gehört die drohende Abdankung des einzelnen Parlamentariers wie des Plenums ebenso wie das Parlament ohne wirkungsvolle Opposition.

Der Machtzuwachs der Exekutive ist nicht stets identisch mit einer Stärkung des Kabinetts. Oft verlagert sich die Macht noch weiter — zu der durch die Minister abgeschirmten Ministerialbürokratie und zu den mit dieser zusammenwirkenden großen Interessengruppen. Verstärkt wird die Gewichtsverschiebung in manchen Ländern durch die Übertragung wichtiger politischer und wirtschaftlicher Aufgaben auf die sogenannten übernationalen Institutionen und deren bürokratische Organe, wie aber auch vor allem durch die Machtzusammenballung bei den multinationalen Konzernen sowie die Militarisierung insbesondere der Weltmächte und ihrer Verbündeten.

Die ursprüngliche Konzeption der Demokratie beruhte auf einem recht einfachen Welt- und optimistischen Menschenbild. Inzwischen sind wir realistischer und skeptischer geworden. Bei allem Optimismus hat bereits Marx mit Recht in der Monopolisierung von Besitz und Bildung in der Hand einer kleinen herrschenden Klasse eine Einschränkung der Demokratie gesehen, die diese für Wirtschaftskrisen, antidemokratische Bewegungen und autoritäre Pressionen sozialökonomisch gefährdeter Gruppen und Klassen anfällig macht. Seit Freud wissen wir, daß eine Demokratie, deren Träger labile, indifferente, psychologisch unmündige Menschen sind, stets in Gefahr schwebt, zur Autokratie zu entarten oder von irrationalen Massenbewegungen, die deklassierte Desperados an die Macht bringen, überrannt zu werden.

Das wohl größte Hindernis für die Entfaltung der Demokratie in unseren Tagen hat aber schon Kant gesehen: Solange Machtstaaten einander mißtrauisch und feindlich gegenüberstehen, gegeneinander rüsten und miteinander Krieg führen, bleibt die verfassungsmäßig-freihlich-republikanische Ordnung, von der Kant sprach, bedroht.

Nicht zuletzt ist Demokratie ja auch heute noch nur eine Organisationsform des einzelnen Territorialstaates, nicht aber eines Weltstaates oder einer Weltföderation. Nun standen aber früher die Einzelstaaten nur in einem losen Zusammenhang — jeder Staat war in der Regel weitgehend autark. Es gab zwar Konflikte zwischen den Staaten, die aber meist doch nur begrenzter Natur waren. Totale Feindschaft und totale Kriege bildeten die Ausnahme. Zugegeben, die Demokratie war ursprünglich durchaus keine rein pazifistische und zivile Gesellschaftsform — ihre »Verteidigung« gegen den äußeren Feind auch mit der Waffe gehörte durchaus zu den demokratischen Lebensprinzipien. Zugleich ging aber die undemokratisch-militärische Lebensform nicht so weit, das Leben der Bürger in einer Demokratie durchgängig zu prägen. So wie diese doch nur gelegentlich in Kontakt mit dem äußeren Feind kamen, blieben sie im wesentlichen Zivilisten. Die Militarisierung des zudem sehr einfachen demokratischen Gemeinwesens hielt sich in engen Schranken.

Ganz anders heute. Die Staaten haben sich inzwischen bereits so weit angenähert, daß sie ständig aufeinander stoßen. Es ist ihnen nicht vergönnt, etwa wie unsere Länder und Provinzen miteinander friedlich und unbewaffnet zu koexistieren. Hoch gerüstet stehen sie in latentem Kriegszustand gegeneinander. Zudem heißt heute »Verteidigung« nichts anderes als pausenlose Vorbereitung auf den totalen Krieg. Kein Wunder, daß die immer noch nationalstaatlich organisierte und funktionierende Demokratie nun noch von der Militarisierung ganz anders bedroht wird als noch im 19. Jahrhundert. Weniger denn je vermag im Zeitalter der Massenvernichtungsmittel eine Armee demokratisch und human zu operieren. Das bedarf wohl keiner näheren Begründung — zu erklären wäre höchstens, wieso sich dennoch manche Militärs noch halbwegs menschlich verhalten. Nicht erst seit Chile ist daher nur allzu deutlich, daß der Abbau der Position des Militärs durch Abrüstung, Umrüstung auf gewaltfreie soziale Verteidigung usw. nicht zuletzt auch ein wichtiges Stück Liberalisierung und Demokratisierung bedeutet. Natürlich bleibt daneben die Demokratisierung anderer tradierter Institutionen und Verhaltensweisen auf der Tagesordnung.

Anregungen

Zu überlegen wäre z.B., ob nicht die Exekutive entlastet und zugleich die Kompetenz der Parlamente wie ihrer Fraktionen erweitert werden könnte. Wir denken dabei an eine Konstruktion, die in manchem an das Regierungssystem der Schweiz anknüpft, freilich auch über dieses hinausgeht (vgl. zum einen Pelinka 1976: 82 ff.; zum anderen Hawrylyshyn 1980). Das Kabinett würde dann nicht mehr aus den Parteiführern bestehen, vielmehr aus zwar parteipolitisch gebundenen, aber doch auch relativ unabhängigen Fachleuten. Die politischen Köpfe würden in den Parlamentsfraktionen sitzen und diese führen, freilich auch von dem Gros der Parlamentarier erheblich stärker kontrolliert werden als das bisher der Fall gewesen ist. Die Parlamentsfraktionen wie aber auch die Masse der Abgeordneten würden sowohl den Ministern wie der Ministerialbürokratie unabhängiger gegenüberreten. Das Schwergewicht würde wieder in das Parlament verlegt werden, wie das ja etwa noch in England bis ins 19. Jahrhundert der Fall war.

Manches spricht aber auch für die Etablierung einer »Neuen Gewalt« oder »Vierten Gewalt«. Es geht dabei um den Ombudsman. Fritz Bauer (1964, vgl. auch Pirtzner 1975: Sp. 1074 ff. und Flechtheim 1975: 70 ff.) erinnert daran, daß sich schon Fichte 1796 für diesen eingesetzt habe. In Schweden existiert der Ombudsman seit 1809. Finnland kennt den Ombudsman seit 1919, Israel seit 1950, Dänemark seit 1953/54, Norwegen und Neuseeland seit 1962, Tansania und Mauritius seit 1966. Wir möchten aber über die etablierte Institution eines Ombudsmannes hinausgehen und die Bestellung eines Volks- oder Bürgeranwaltes vorschlagen, der erheblich weitere Kompetenzen besitzt. Wir knüpfen dabei an Bertrand Russell an, der schon vor Jahr und Tag gefordert hat, daß ein Schuldbekennnis unter keinen Umständen als Beweis betrachtet werden dürfe, darüber hinaus aber auch die Errichtung eines Amtes vorgeschlagen hat, das sowohl den Einzelnen vor der Verfolgung durch Staatsorgane zu schützen wie aber auch diese selber anzuklagen hätte. Ein solcher Volks- oder Bürgeranwalt könnte also selber gegen Polizei, Staatsanwaltschaft usw. ermitteln und auch Anklage erheben. Die Errichtung eines solchen Organs stellt natürlich in gewisser Weise ein Paradoxon dar: Wir fordern eine neue Bürokratie, die gegen die alte Bürokratie auftreten soll. Daß der Staat sich aber auch einmal gegen sich selber wendet, ist jedoch nicht so neu; die Errichtung von selbständigen Gerichten, insbesondere von Verwaltungsgerichten, war ein erster Schritt in dieser Richtung. Der Vorteil einer ganz neuen und unabhängigen Behörde besteht vor allem darin, daß sie ein eigenes neues Ethos und ein eigenes »vested interest« entwickeln würde. So wie es heute trotz aller entgegenstehenden Theorien eine Ehrensache für die Staatsanwaltschaft ist, den Staat gegen den Einzelnen zu schützen und nicht umgekehrt, so würde der Volks- oder Bürgeranwalt es als seine Hauptaufgabe ansehen, den Bürger vor dem Staat zu schützen.

Zur Bestellung eines solchen Volksanwaltes nur soviel: das Vorschlagsrecht sollte möglichst bei unabhängigen Organisationen wie Bürgerverbänden, Anwaltskammern, Gewerkschaften, Kirchen usw. liegen. Der Volksanwalt sollte auch womöglich keiner Partei angehören, um nicht in einen Gewissenskonflikt zu geraten, wenn er etwa gegen einflußreiche Angehörige seiner eigenen Partei vorgehen müßte. Denkbar wäre sogar, daß ein solcher Bürgeranwalt nur der Europäischen Kommission für Menschenrechte oder dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg verantwortlich wäre. Zu überlegen wäre ferner, wie weit er nicht so sehr aus allgemeinen Steuermitteln als vielmehr aus von der Steuer abzusetzenden Bürgerbeiträgen zu finanzieren wäre.

Noch wichtiger als die erneuerte Trennung der Legislative als einer die Richtlinien der Politik beratenden und beschließenden Körperschaft und der Exekutive als eines wirklich ausführenden Organs und die Bestellung eines Volksanwaltes wäre die Stärkung der direkten Demokratie mittels solcher Verfahren wie Volksbegehren und Volksentscheid, Wahl von Beamten und Richtern, Ur- oder Vorwahlen (primaries), Rotation und imperatives Mandat.¹ Da wir nicht mehr an die Unfehlbarkeit des einfachen Mannes (und nicht einmal an die der Frau!) wie an die Unerschütterlichkeit der Humanität der breiten Massen glauben, dürften gewisse Grundrechte wie etwa das auf Leben allerdings nicht zur Disposition selbst der größten Mehrheiten stehen. Vielmehr müßten auch die Macht und Gewalt der Mehrheit gegenüber Minderheiten (von Minderheiten gegenüber Mehrheiten schon ganz zu schweigen!) erheblich zugunsten des Prinzips des Ausgleichs und des Kompromisses, des Dialogs, des Konsensus und sogar äußerstenfalls der Einstimmigkeit neu eingegrenzt werden — etwa auch unter dem Gesichtspunkt der Politik der Gewaltfreiheit und des »nichtverletzenden Zwanges« (vgl. Ebert 1978 und Flechtheim 1978: 270 ff.). So würde die neue Demokratie der Zukunft auch im Zeichen des Minoritätsprinzips stehen. Alvin Toffler (1980:

414 ff.) hebt die Bedeutung der Minderheitenrepräsentation in einem für eine individualisierte Gesellschaft konzipierten politischen System hervor. Er verlangt sogar, daß wir »vielleicht sogar zumindest einige unserer Politiker nach dem ältesten aller Wahlverfahren bestimmen müssen — durch das Los.« Die Auswahl durch das Los wäre wirkungsvoller, wenn sich alle Anwärter auf wichtige politische Posten einer Psychoanalyse (vgl. schon Skzansky 1952) zu unterziehen hätten, wobei eine solche Analyse vor allem dazu diene, persönliche Vorurteile und Tabus zu verringern.

Man hat in letzter Zeit häufig von antizipatorischer und partizipatorischer Demokratie gesprochen. Für die Partizipation als eine Form evolutionärer Revolution hat sich insbesondere auch Arnold Künzli (1974: 41, ders. 1970; auch Vilmar 1983: 339 ff.) eingesetzt. Er weist darauf hin, »daß der Gedanke einer Partizipation freilich einer Gesellschaft nicht aufoktroiert werden könnte«. Die Verwirklichung der Partizipation sei nur als Lernprozeß vorstellbar. Sie müsse an der Basis in Angriff genommen werden und von einem entsprechenden Bewußtsein bzw. Ethos der Beteiligten getragen sein.

Auch diejenigen, die sich für eine neue antizipatorische Demokratie aussprechen, betonen immer wieder mit Recht die verstärkte Beteiligung der Bürger an den öffentlichen Angelegenheiten. So versteht Helmut Krauch (1972) seine sogenannte Computer-Demokratie als ein strukturiertes und gut durchorganisiertes Staatswesen, bei dem die wichtigsten Fragen nach gründlicher Vordiskussion über Funk und Fernsehen durch direkte Abstimmung entschieden werden. Die vielen tausend Einzelprobleme, mit denen sich heute Regierung und Parlament nur zum Teil beschäftigen könnten, würden arbeitsteilig von statistisch repräsentativ ausgewählten Bürgergruppen unter Hinzuziehung des notwendigen Sachverständes sorgfältig bearbeitet und entschieden werden. Eine entscheidende Hilfe käme dabei von der Informations- und Nachrichtentechnik der Zukunft mit ihrer umwälzenden Entwicklung der Rechenmaschinen oder Computer. Alvin Toffler (19..; vgl. auch Becker 1981: 6 ff.) meint, dank den Computern, den modernen Nachrichtentechniken und neuen Abstimmungsmodi sei es einfacher geworden, Stichproben aus der Bevölkerung zu machen und gegebenenfalls täglich auf den neuesten Stand zu bringen. Es sei nun möglich, den Betroffenen selber die neuesten Informationen zukommen zu lassen: »Wenn wir Gesellschaften des 21. Jahrhunderts regieren wollen, dann sollten wir den Einsatz der Technologien und intellektuellen Hilfsmittel des 20. Jahrhunderts zumindest erwägen.«

Wie Robert Jungk allerdings mit Recht einwendet, könnten auch die effizientesten elektronischen Hilfsmittel nicht den unmittelbaren persönlichen Kontakt von Bürger zu Bürger ersetzen: »Wenn es mehr Demokratie geben soll, werden viele neue Gelegenheiten für Begegnungen zu schaffen sein.« Zusätzlich zu den wenigen heute schon bestehenden Fußgängerbereichen, Spielstraßen oder Freizeitzentren müßte es noch viel mehr Begegnungsmöglichkeiten geben. Robert Jungk fordert öffentliche Mediatheken, Kunsthäuser oder »Offene Museen«, Plätze und Häuser für Schauspielgruppen und Musicbands, Diskussionsecken und Informationszentren, in denen unabhängige Beobachter aktuelle Vorgänge darstellen können.

Angesichts der gigantischen Herausforderungen an die Menschheit und insbesondere an die Demokratie müssen alle, die Politiker wie die Bürger, ganz anders als bisher global und langfristig denken und handeln lernen. Hier hat auch die Futurologie ihren Beitrag zu leisten (vgl. Flechtheim 1980; Tiemann 1984: 27 ff.). Sie kann die Zukunft diagnostizieren und prognostizieren und vor ihren Gefahren warnen, kann aber nicht selbst jene Entscheidungen treffen, die die Katastrophe verhindern und eine wünschenswerte Zukunft gestalten helfen. Das muß sie den zukunftsbewußten Bürgern und deren Organisationen und Institutionen überlassen.

Sie kann allerdings das Interesse möglichst vieler für die Zukunft mobilisieren und Problemlösungen vorschlagen. Sie kann anregen, daß Institutionen geschaffen werden, die sich mit der Zukunft intensiv beschäftigen, etwa pädagogische Einrichtungen und Institute, die die Menschen zukunftsbewußter machen, oder Zukunftswerkstätten (vgl. Jungk/Müllert 1981), die den breiten Massen zugänglich sind. Wie an die Stelle des Kriegs- ein Friedensministerium treten könnte, kann man sich auch ein Zukunftsministerium vorstellen, das alle politischen Entscheidungen auf ihre Auswirkungen in der Zukunft hin überprüft.

Denkbar wäre auch eine Erweiterung der Parlamente der Staaten um eine Zukunftskammer oder einen Zukunftsrat, also eine Art »Oberhaus«, das die langfristigen großen Herausforderungen immer wieder zur Debatte stellt. Warum sollten aber nicht auch bei der EG, dem Europarat und sogar bei den Vereinten Nationen Zukunftsräte eingerichtet werden, die aus futurologisch orientierten Wissenschaftlern, Publizisten, Politikern usw. zusammengesetzt sein könnten. In einigen westlichen Ländern bestehen bereits heute staatliche futurologische Institute und Kommissionen. Schweden z.B. verfügt seit 1973 über ein Sekretariat für Zukunftsstudien, das einer Abteilung des Erziehungsministeriums angeschlossen ist. In den USA wird sogar jeder Gesetzesentwurf im Kongreß auf seine futurologischen Implikationen — freilich mehr schlecht als recht! — hin überprüft.

Was nun schließlich jene sozialen Kräfte anlangt, die stärker global orientiert und futurologisch aufgeschlossen sind als die etablierten Mächte von gestern, so wäre es falsch, die klassische Arbeiterbewegung einfach abzuschreiben. Sie dürfte aber von sich aus allein eine ausreichende gesellschaftliche Basis für eine Fortentwicklung und Erneuerung der Weltgesellschaft nicht bieten. Vielmehr dürften heute sehr unterschiedliche soziale Trägerschichten und Gruppen für eine solche Aufgabe in Betracht kommen. So hat man mit Recht auf Konsumenten-, Umweltschutz-, Bürgerrechts-, Studenten- und Frauenbewegungen, die echt reformfreudigen Kräfte im christlichen und im sozialistischen Lager, aber auch auf die betrieblichen und gewerkschaftlichen Bemühungen um mehr demokratische Mitbestimmung verwiesen. Zu erwähnen wären aber auch die Kriegsgegner- und Friedensbewegung oder die für gesellschaftlichen Fortschritt engagierten Wissenschaftlervereinigungen.

Es bleibt zu fragen, ob nicht, abgesehen von allen Forderungen nach wirtschaftlichem Fortschritt und sozialer Gerechtigkeit, Demokratie im Staat von morgen auch Demokratisierung der Betriebe und Büros, der Produktions- und Distributionsstätten bedeuten muß. Kann eine Demokratie ohne Demokraten auf die Dauer überleben, d.h. aber wiederum: Kann ein Staatsbürger eine demokratische Charakterstruktur aufweisen, wenn er einen erheblichen Teil seines Lebens in einem fremdbestimmten Unternehmen gleichsam als Untertan lebt und wirkt? Kann der Unternehmer seinerseits, der Herr in seinem Haus ist, im Staat auf seine Macht, seine Position, sein Prestige verzichten? Kann er hier anders operieren denn als Herr und Herrscher?

Damit wären wir bei dem Thema Sozialisierung der Wirtschaft. Angesichts der Bedrohung, die aus der Zusammenballung politischer und ökonomischer Macht in den Händen einer staatlichen Exekutive und Bürokratie folgt, wollen wir keineswegs Sozialisierung oder Sozialismus einfach mit Verstaatlichung gleichsetzen. Wie schon Karl Korsch (1969: 27) gesehen hat: »...die bloße Verstaatlichung kann für sich allein als sozialistische Vergesellschaftung (Sozialisierung) nicht anerkannt werden.« Nach Korsch »besteht also die 'Sozialisierung', die neue 'Vergesellschaftung' der Produktionsmittel aus zweierlei einander zur Herbeiführung wahren Gemeineigentums ergänzenden Umgestaltungen der privatkapitalistischen Produktionsweise: aus der Überleitung der Produktionsmittel aus der Machtsphäre einzelner Privat-

eigentümer in die Machtsphäre irgendwelcher gesellschaftlicher Funktionäre und aus der öffentlich-rechtlichen Einschränkung der Machtbefugnisse der nunmehrigen Leiter der gesellschaftlichen Produktion im Interesse der Gesamtheit«. Nur so entsteht nach Korsch »industrielle Autonomie« oder »Demokratie«.

In Anknüpfung an gewisse Vorstellungen der Steinerschen Dreigliederungslehre fordert nun Joseph Huber (1987: 141) eine vollständige Trennung und Begrenzung der funktionalen und der personalen Verfügungsrechte der Kapitaleigner. Er wendet sich dabei gegen eine Re-privatisierung oder Verstaatlichung (aber auch Vergenossenschaftung) des Kapitals und spricht lieber von einer »Kapital-Neutralisierung«: »Unter den heutigen gesetzlichen Bedingungen ist dies am leichtesten realisierbar in Gestalt einer Stiftung. Wird das Kapital in eine Stiftung eingebracht, so gehört es praktisch niemandem mehr, oder anders gesagt, das Unternehmen gehört 'sich selbst'. Solche Stiftungen sind heute in der Bundesrepublik bereits in einer gewissen Anzahl verwirklicht. Es sind jedoch durchaus andere Formen von Kapital-Neutralisierung denkbar, etwa nach dem Muster des schwedischen 'funktionalen Sozialismus', bei dem den Privateigentümern ihre Nutzungs- und Verteilungsrechte Stück um Stück beschnitten werden«. Zur Neutralisierung müsse aber die Demokratisierung der Unternehmen hinzutreten: »Man kann so die alte Parole 'Vergesellschaftung der Produktionsmittel' erneuert propagieren als: Kapital-Neutralisierung plus Demokratisierung der Verfügung. Eine Kapital-Neutralisierung in dieser Verbindung entspricht offensichtlich dem Ziel einer demokratischen Selbstverwaltung der Unternehmen.«

Angesichts eines neuen Bewußtseins von den »Grenzen des Wachstums« und einer drohenden Verknappung der Ressourcen mag heute der Gedanke, alle Bedürfnisse einer wachsenden Weltbevölkerung könnten eines Tages voll und frei befriedigt werden, als überholte Utopie erscheinen. In der Tat, die Zukunft wird wohl eher im Zeichen einer neuen Frugalität stehen. Daß aber gerade dann die lebensnotwendigsten Güter und Dienstleistungen allen Menschen ohne bare Zahlung, aber auch ohne Bezugsschein zur Verfügung stehen sollten, ist ein Gedanke, der heute, da der Nulltarif populärer denn je ist, ernsthaft erwogen werden sollte. Schon 1933 wurde er in den Reihen der illegalen sozialistischen Gruppe Neu Beginnen in Deutschland diskutiert. Man kam dabei zu folgendem Ergebnis: »... eine Durchführung der sozialistischen Bedarfswirtschaft ist nur dann und nur insoweit möglich, wie die Produktion der Gesellschaft ihre realen Bedürfnisse überschreitet. Wenn bei steigenden Reallöhnen beispielsweise der Verbrauch von Brot pro Kopf nicht mehr weiter steigt (und vielleicht sogar Absatzschwierigkeiten eintreten), so wäre das ein Zeichen dafür, daß die Broterzeugung der Gesellschaft dem Bedarf genügt. Dann, erst dann, ist der Zeitpunkt gekommen, dieses Gut in sozialistische Bewirtschaftung zu überführen, es zu 'vergesellschaften', zu 'sozialisieren'. Denn in sozialistische Bewirtschaftung überführen kann man nicht Betriebe. (Die kann man nur verstaatlichen, 'nationalisieren'.) 'Sozialisieren' kann man nur Konsumprodukte, die damit aus 'Waren' in Gebrauchsgüter übergeführt werden. 'Sozialisieren' kann man Brot, Milch, Kleider, die Wohnungsbenützung, den Kinobesuch, das Universitätsstudium, die Sommerreise, aber nicht die AEG oder die Vereinigten Stahlwerke, die Putilow-Werke oder Schneider-Creuzot« (Miles 1933: 28 f.).

Die von der Demokratie unterstellte Beseitigung von Herrscher und Machthaber in der Wirtschaft wie im Staat, in der Gesellschaft wie in der Politik und Kultur stellt für ein komplexes modernes Gemeinwesen ein echtes Problem dar. Zur Zeit der einfachen amerikanischen Grenzgesellschaft des frühen 19. Jahrhunderts konnte ein Jackson — und Lenin hatte diesen Gedanken übernommen! — unterstellen, daß jede Köchin instand gesetzt werden müsse, ei-

nen Staat zu leiten. Ganz anders als damals beruht aber unsere moderne Existenz auf einem hohen Maß an Arbeitsteilung, Sachverstand und Expertise. Gehen wir davon aus, daß Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit Macht und Herrschaft, Ausbeutung und Unterdrückung verdrängen oder zumindest zurückdrängen werden, bleibt immer noch die Frage nach der »Führung« in Staat und Wirtschaft, im gesellschaftlichen und kulturellen Bereich. Das Wort Führer ist so diskreditiert, daß wir den Begriff Funktionale Leitung oder Anleitung vorziehen im Sinne dessen, was man englisch mit guidance andeutet, was auch besser klingt als leadership. Die moderne Gesellschaft wie die Demokratie von morgen werden ohne ein beachtliches Maß an rationaler, funktionaler, humaner »Guidance« kaum auskommen können (vgl. Flechtheim 1958: 31 ff.). Selbst im engsten politischen Bereich wird nicht jeder alles entscheiden können — dazu mangelt es an Zeit und Kraft, an Wissen und Wollen. Es wird daher darum gehen, funktionale Führung oder rationale Leitung transparent zu machen, sie unter Kontrolle zu stellen und zu halten und vor allem zu verhindern, daß die Inhaber von Leitungspositionen ihre Kompetenzen in Macht und Reichtum umsetzen. Es mag sinnvoll sein, einem Leiter einer wichtigen Stelle einen Platz in einem raschen Transportmittel zur Verfügung zu stellen — es ist undemokratisch und dysfunktional, ihn in besonderen Luxuszügen oder Militärflugzeugen mit einem höfischen Anhang gleich einem Potentaten durch die Gegend stolzieren zu lassen.

Auf dem Wege zur globalen Demokratie

Obwohl auch der Begriff Sozialismus kompromittiert ist, heißt doch globale Demokratie letztlich auch sozialistische Demokratie. Freilich sollte man genauer gesagt von einem Globalsozialismus, einem Humansozialismus und einem Ökosozialismus sprechen. Der Globalsozialismus würde vor allem jedweden Staatssozialismus in Frage stellen — selbst einen Sozialismus, der sich auf einen noch so demokratischen Staat beschränkt. Ein einigermaßen funktionierender und echter Sozialismus ist heute und morgen wohl nur innerhalb von Großräumen wie etwa Europa ja gar letztlich nur im Weltmaßstab möglich. Insofern greift der Globalsozialismus den Pazifismus und Universalismus ein, die die Möglichkeit und Notwendigkeit neuer Formen des Föderalismus bis hin zu einer Weltföderation immer wieder betont haben.

Wenn wir von Humansozialismus reden, so soll damit der Gegensatz zu jeder Art von autoritärem Kollektivismus unterstrichen werden. Ein humaner Sozialismus führt die Tradition des Liberalismus, Radikalismus (im englischen Sinne des Wortes) und Anarchismus weiter. Soweit er revolutionär ist, geht es ihm um eine gewaltfreie »Revolution«. Vom opportunistischen Reformismus unterscheidet er sich durch das Bekenntnis zu radikalen Strukturreformen, vom Revolutionarismus durch den Glauben an die Möglichkeit der gewaltfreien Revolution. Dabei kennt er das Dilemma von Reform und Revolution wie das von Gewalt und Gewaltfreiheit.

Schließlich kommen wir auch nicht mehr darum herum, mit dem Begriff des Ökosozialismus die Umweltproblematik als neue Größe einzubegreifen. Es geht ja schon lange bei der menschenwürdigen Gestaltung der Gesellschaft nicht mehr allein um die »soziale Frage« — der Sozialismus muß um ein neues Gleichgewicht zwischen einer noch so humanen Gesellschaft und der sie umgebenden Natur bemüht sein. Wir können nicht mehr wie einst Marx und Engels mit der unbegrenzten Güte und Fülle der Natur rechnen. Nun ist der Begriff der

Fülle natürlich ein relativer Begriff. Ein Lebensstandard, bei dem alle Menschen mit ausreichender Nahrung und Kleidung, Wohnung und Bildung versorgt wären, kann schon als Fülle gelten verglichen mit der Not und dem Elend der überwältigenden Mehrheit in den verflochtenen Jahrhunderten und Jahrtausenden (vgl. Flechtheim 1980: 129 ff.).

Schließlich sei aber auch sehr deutlich gesagt, daß Demokratie in einer einmalig komplexen und dynamischen, auch stets interdependenten Welt auf die Dauer nur überleben dürfte, wenn sie in dem übergroßen Teil dieser Welt zur lebendigen Wirklichkeit wird. Das setzt aber doch wohl eine Internationalisierung der Organe und Institutionen der Demokratie voraus, angefangen von den Parteien bis zu den Parlamenten und Exekutiv-Organen. Die Übertragung entscheidender Kompetenzen der heutigen Einzelstaaten auf weltweite Institutionen, ja, das Aufgehen der Einzelstaaten in irgendeiner Form von Weltgemeinschaft oder -föderation dürfte eine Voraussetzung für das Überleben der Demokratie im 20. und 21. Jahrhundert sein. Schließlich werden ja die großen Herausforderungen, ob es sich um Abrüstung, Umweltschutz oder Bevölkerungsstabilisierung handelt, immer mehr zu globalen Aufgaben.

Beginnen wir bei den Vereinten Nationen. Ist ihr Ausbau zu einer quasi-parlamentarischen Institution einfach undenkbar? Noch ist nicht an ein echtes Weltparlament mit legislativen Kompetenzen oder gar parlamentarischer Kontrolle der Exekutive zu denken. Eine beratende Körperschaft wäre aber auch schon ein Schritt vorwärts. Diese würde aus Parlamentariern bestehen, die von den Parlamenten der Mitgliederstaaten gewählt würden oder auch von noch zu schaffenden Regional-Parlamenten. Ein solches beratendes Weltparlament dürfte sich bereits nicht mehr nach staatlichen oder regionalen Gesichtspunkten gliedern. Seine Mitglieder sollten sich vielmehr nach programmatisch-parteilpolitischen Gesichtspunkten zusammenschließen. Solche Parlamentsfraktionen würden damit auch die Entwicklung überstaatlicher Weltparteien fördern, die uns als die politischen Parteien von morgen mehr Zukunft zu haben scheinen als die antiquierten nationalstaatlich begrenzten Parteien.

Könnte ein aktionsfähiger Weltbund die Ansätze zu einer Weltplanung, wie sie sich in den verschiedenen Weltmodellen und Globalplänen finden, leichter verwirklichen als die in sich zerstrittenen UN von heute, so sind zur Erfüllung solcher wahrhaft stupender Aufgaben funktionsfähige und leistungswillige Globalinstitutionen unerlässlich. Sie müssen zugleich demokratisch kontrolliert werden. Allein der Aufbau einer weltweiten Friedensordnung, die eher funktional und staatenbündlich als bundesstaatlich funktioniert, setzt schon eine entscheidende Verringerung der Macht und Kompetenz der Einzelstaaten voraus. Hier ergibt sich aber nun ein weiteres Dilemma. Einerseits brauchen wir die Stärkung staatlich-demokratischer Planungs- und Egalisierungskompetenzen auch der Einzelstaaten und der Regionen gegenüber den plutokratisch-kapitalistisch-bürokratischen Machtzusammenballungen — andererseits ist diese Form von »Nationalisierung« doch auch schon wieder antiquiert, insofern wir Kompetenzen von den einzelnen Staaten und sogar auch von den Regionen auf weltweite Institutionen und Organisationen übertragen müssen. Eine gerechte Verteilung von Rohstoffen, die Kontrolle der Macht riesiger marktbeherrschender »Multis« oder globaler Finanzierungsmächte schreien nach einer übernationalen, ja, globalen Kontrolle (Herz 1974)². Die Staaten, die Toynbee mit Recht »antediluvianische Monster« genannt hat, müßten also ihre Kompetenzen an globale und regionale (etwa europäische) Autoritäten abtreten. Aber das ist nur die eine Seite der Medaille. Die andere ergibt sich daraus, daß dieselben Staaten zugleich Macht an kleinere, lokale, provinzielle, funktionale Selbstverwaltungskörper delegieren müssen.

Das Ganze — angefangen von der Weltföderation bis hinunter zu den Stadtteil- und Dorfräten, Nachbarschaftsgruppen usw. — wäre wiederum nur funktionsfähig, wenn es in einen neuartigen Föderalismus eingebettet wäre. So veraltet der Föderalismus etwa in der Bundesrepublik in mancher Hinsicht auch sein mag, das Prinzip des Föderalismus enthält nach wie vor ungeahnte Möglichkeiten. Es müssen nur neue Formen von Föderalismus entwickelt und erprobt werden. Der Föderalismus von morgen würde von den primären Einheiten über die Provinzen und Staaten, die Regionen bis zur Weltföderation reichen, er wäre also ein vier-, fünf- oder noch mehrstufigerer Föderalismus (vgl. Héraud 1978).

Zugleich steht die Herausbildung einer demokratischen Weltordnung in unlösbarem Zusammenhang mit der Heranbildung eines mündigen Menschen und demokratischen Weltbürgers. Ohne diese würde sich auf die Dauer jede demokratische Struktur, sei es im nationalen oder übernationalen Rahmen, auf ein System leerer Formen reduzieren. Zu der Form muß immer wieder der Inhalt, zu den Institutionen der Demokratie der Prozeß der Demokratisierung hinzutreten. Wir brauchen den demokratischen Weltbürger wie auch die demokratischen Weltbewegungen, um die demokratische Form immer wieder mit demokratischem Gehalt zu füllen. In diesem Sinne ist Demokratie nicht nur ein unaufgebbares Grundrecht des Einzelnen wie der Gemeinschaft, sondern auch eine sehr ernste Bürde für jeden einzelnen Bürger einer Weltdemokratie.

Nur eine Politik, die sich an dem langfristigen Interesse der ganzen Menschheit orientiert und so die großen Herausforderungen unseres Jahrhunderts mutig angeht, dürfte der Demokratie im Weltmaßstab eine Chance eröffnen. Eine solche Politik kann wohl als eine Art »Dritter Weg« zwischen der den Menschen verplanenden Autokratie und dem den Menschen vernichtenden Chaos angedeutet werden. Daß ein solcher Dritter Weg steil und steinig ist, darf nicht verheimlicht werden. Erinnern wir nur daran, daß — wie Erhard Eppler es formuliert hat — unsere Kinder die Welt mit 12 bis 14 Milliarden Menschen werden teilen müssen und daß wir früher oder später auch auf die »Grenzen des Wachstums« stoßen werden. Daraus ergibt sich die Forderung nach Abrüstung und Verzicht auf verschwenderische Technologie, zugleich aber auch die nach der Umstrukturierung der überlieferten Wirtschafts- und Herrschaftssysteme im Rahmen einer Globalplanung, die die Bevölkerung und Produktion stabilisieren müßte. Zugleich müßte sich aber auch der Mensch selber zu einem mündigen Welt- und Zukunftsbürger fortbilden. Sollten wir noch über eine Schonfrist verfügen, so könnte dieser Übergang zu einer Weltföderation sich im demokratischen Rahmen vollziehen.

Am 10.12.1948 hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verkündet. In dieser ist die Rede von »der allen Mitgliedern der menschlichen Familie innewohnenden Würde und ihren gleichen und unveräußerlichen Rechten« als der »Grundlage der Freiheit, der Gerechtigkeit und des Friedens in der Welt«. In einer Vielzahl von Artikeln werden hier die klassischen Menschen- und Bürgerrechte auf Leben und Sicherheit, auf Freiheit und Gleichheit, auf Teilhabe und allgemeine Wahl proklamiert, ebenso wie die modernen Sozialrechte auf Arbeit, soziale Sicherheit und Bildung. Diese Erklärung wird »als das von allen Völkern und Nationen zu erreichende gemeinsame Ideal« verkündet. Aus diesem Ideal, das bisher in den meisten Teilen der Welt mit Füßen getreten wird, muß in den nächsten Jahren ein von allen Staaten und Völkern ernsthaft in Angriff zu nehmender Plan werden, soll die Demokratie nicht früher oder später auch in jenen Teilen der Welt, wo sie noch überlebt und verzweifelt um ihre Existenz ringt, zu einer Erinnerung an bessere, vergangene Tage werden, die in einem Zeitalter der Autokratie und Plutokratie, der Bürokratie und Technokratie, der Diktatur und Despotie rasch verblasen würde.

Anmerkungen:

- 1 Die Schwächen der direkten Demokratie haben sich zweifellos in den USA wie in der Schweiz (nicht so sehr in der Weimarer Republik oder Österreich!) gezeigt. Die Gründe hierfür müßten genauer analysiert werden als das meist geschieht (vgl. hierzu auch E. Neusüss 1971: 301 ff.).
- 2 Herz (1974) spricht mit Recht von Internationalisierung als überfälliger Form weltweiter Demokratisierung.

Literatur

- Bauer, Fritz 1964, *Die neue Gewalt*, Verlag der Zeitschrift Ruf und Echo, München
- Becker, Ted 1981, »Teledemocracy — Bringing Power Back to People«, in: *The Futurist*, Jg. 15, Nr. 6, Dezember
- Ebenstein, William (Hg.) 1947, *Man and the State — Modern Political Ideas*, New York 1947
- Ebert, Theodor 1978, *Gewaltfreier Aufstand — Alternative zum Bürgerkrieg*, Neuausgabe, Waldkircher Verlagsgesellschaft
- Flechtheim, Ossip K. 1958, *Grundlegung der Politischen Wissenschaft*, Meisenheim a.G.
- Ders. 1973, *Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland*, Hamburg
- Ders. 1975, »Zum Problem des Volksanwalts«, in: *Vorgänge*, Nr. 18, Jg. 14, Heft 6
- Ders. 1977, »Herrschaft und Familie — Einige kritische Anmerkungen zur Konzeption von Marx und Engels«, in: I. Kerscher (Hg.), *Konfliktfeld Sexualität*, Neuwied
- Ders. 1978, *Von Marx bis Kolakowski — Sozialismus oder Untergang in der Barbarei*, Köln/Frankfurt
- Ders. 1980, *Der Kampf um die Zukunft — Grundlagen der Futurologie*, Neuauf., Bonn
- Ders. 1980a, »Der Ökosozialismus und die Hoffnung auf den neuen Menschen«, in: W. Heidt (Hg.), *Abschied vom Wachstumswahn*, Achberg
- Hawrylyshyn, Bohdan 1980, *Road Maps to the Future — A Report to the Club of Rome*, Oxford und New York
- Héraud, Guy 1978, *Die Prinzipien des Föderalismus und die Europäische Föderation*, Internationales Institut für Nationalitätenrecht und Regionalismus und L. Roemheld, *Integraler Föderalismus — Modell für Europa*, München
- Herz, J.H. 1974, *Staatenwelt und Weltpolitik*, Hamburg
- Huber, Joseph 1978, *Technokratie oder Menschlichkeit — Zur Theorie einer humanen und demokratischen Systementwicklung*, Achberg
- Jungk, R. / Müllert, N.R. 1981, *Zukunftswerkstätten*, Hamburg
- Korsch, Karl 1969, *Schriften zur Sozialisierung*, Frankfurt
- Krauch, Helmut 1972, *Computer Demokratie*, Düsseldorf
- Künzli, Arnold 1974, »Partizipation — evolutionäre Revolution«, in: *Vorgänge*, Nr. 9, Jg. 13, Heft 3; vgl. auch »Partizipation — Aspekte politischer Kultur«, *Offene Welt* Nr. 101, Opladen 1970
- Miles 1933 (d.h. W. Löwenheim), »Neu Beginnen: Faschismus oder Sozialismus«, Karlsbad; jetzt nachgedruckt in: K. Klotzbach (Hg.), *Drei Schriften aus dem Exil*, Bonn 1974
- Neusüss, E. 1971, »Plebiszitäre Demokratie«, in: H. Wechsler u.a. (Hg.), *Gesellschaft und Staat — Lexikon der Politik*, 2. Aufl., Baden-Baden
- Pelinka, A. 1976, *Politik und moderne Demokratie*, Kronberg
- Piertzner, I. und R. 1975, »Ombudsman«, in: *Evangelisches Staatslexikon*, 2. Aufl., Stuttgart
- Tiemann, D. 1984, *Erziehung für die nachindustrielle Gesellschaft*, Dissertation, Bremen
- Skzansky, E. 1952, *Staatsführung und Psychopathie*, Wien/Innsbruck
- Toffler, Alvin 1980, *Die Zukunftschance — Von der Industriegesellschaft zu einer humaneren Zivilisation*, München
- Vilmar, F. 1983, »Partizipation«, in: W.W. Mickels (Hg.), *Handlexikon zur Politikwissenschaft*, München